

Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsort: Riesa.
Verlag: R. N. N.
Postfach Nr. 11.

Das Riesner Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Riesa, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Stenographen Riesa und des Gemeindefiskus Weihen behördlich bestimmt.

Verlagsort: Riesa.
Verlag: R. N. N.
Postfach Nr. 11.

Nr. 181.

Freitag, 5. August 1927, abends.

80. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder nach Noten. Für den Fall des Eintrags von Poständerungsanzeigen, Gebühren der Abnahme und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Tagesbogens sind bis 8 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20. und 21. Seite 1 Mark 50 Pfennig; für die 22. Seite 1 Mark 25 Pfennig; für die 23. Seite 1 Mark 25 Pfennig; für die 24. Seite 1 Mark 25 Pfennig; für die 25. Seite 1 Mark 25 Pfennig; für die 26. Seite 1 Mark 25 Pfennig; für die 27. Seite 1 Mark 25 Pfennig; für die 28. Seite 1 Mark 25 Pfennig; für die 29. Seite 1 Mark 25 Pfennig; für die 30. Seite 1 Mark 25 Pfennig. — Im Falle eines Unfalls — durch einen Brand oder sonstigen Umstand — hat der Eigentümer keine Haftung für die Fortsetzung oder Nachlieferung der Zeitung oder für die Erhaltung der Druckerei. — Druckerei: Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 58.

Kampf um das Weiße Haus.

Die Erklärung Coolidge, nicht weiter für den Präsidentenposten kandidieren zu wollen, ist allgemein als Bluff aufgefaßt worden. Man wies daraufhin, daß diese Erklärung nur den Zweck habe, die Bedenken der amerikanischen Wähler, den selben Mann dreimal hintereinander ins Weiße Haus zu senden, zu zerstreuen. Nun ist es gewiß richtig, daß derartige Bedenken durchaus bestehen, und daß mit ihnen zu rechnen ist. Wie schon die Republikaner des Altertums sich durch gewisse Bestimmungen, dagegen sicheren, einen Kontinuität allzu oft hintereinander zu wählen, so war es auch bisher in Amerika traditionell, daß niemand den Präsidentenposten dreimal hintereinander bekleiden dürfe. Es mag also schon mitgeteilt haben, daß Coolidge durch seinen jüngsten Bericht bewirken wollte, daß die republikanische Partei von sich aus ihm die Kandidatur anbieten sollte; um auf jeden Fall dem Obium des „Reichers“ zu entgehen. So plausibel das aber auch auf den ersten Blick erscheinen mag, der alleinige Grund für den Verzicht ist ab denn doch nicht gewesen. Coolidge hat nämlich wirklich keine übermäßig grobe Lust noch einmal in das Weiße Haus zurückzukehren und man muß sich, wenn man hierfür nach Gründen sucht, an das alte Wort halten: „Heredes lo sumus“.

Frau Coolidge nämlich hat die Sache gründlich satt. Die repräsentative Rolle, die sie durch die Stellung ihres Mannes einnehmen ist, war ihr schon lange zu langweilig und man geht wohl in der Annahme nicht fehl, daß die Erklärung Coolidge unter ihrem Einfluß zustande gekommen ist. Sie meint es sicherlich ganz ernst mit dem Verzicht. Und sie hat ihren Mann umso leichter dazu bringen können, als sich der Präsident selbst nur allzu klar darüber ist, daß seine Stellung keineswegs so sicher ist, wie dies bisher vielfach in Europa angenommen wurde.

Das hat zum guten Teil psychologische Gründe. Das zurückhaltende alles heiße Wesen dieses Präsidenten liegt dem Durchschnittsamerikaner nicht besonders, so daß Coolidge eigentlich niemals populär gewesen ist. Man hat zwar immer seine Ehrlichkeit und vor allem die persönliche Unantastbarkeit seines Charakters anerkannt, richtig warm geworden ist eigentlich niemand mit ihm. Er nur ist es zu erklären, daß er es verschiedene Male erleben mußte, wie der Senat ihm gegenüber eine Haltung einnahm, die er sich Willen gegenüber niemals erlaubt haben würde. Es sei nur an die Affäre Warrens erinnert, den Coolidge durchaus zum Justizminister machen wollte und den der Senat zweimal abgelehnt hat — ein Affront für den Präsidenten, wie er in Amerika bisher nicht denkbar gewesen ist.

Das ist schlimm, viel schlimmer aber für Coolidge ist der Gegenstand, in den ihr seine allzu einseitige auf die Interessen der Industrie Rücksicht nehmende Politik zu den kleinen Landwirten der westlichen Staaten gebracht hat. Die hätten sich seiner Kandidatur auf das Heftigste widersetzt und wenn die Farmer auch bisher auf die Befehle des republikanischen Parteikonvents erfahrungsgemäß wenig Einspruch gehabt haben, so hätte man doch damit rechnen müssen, daß sie ihm einfach nicht ihre Stimmen gegeben hätten, wenn sie auch schon seine Auffassung kaum hätte verstanden können.

Es ist also durchaus nicht sicher, daß die Partei von sich aus Coolidge bitten wird, seinen Verzicht zu widerrufen, da sie noch über andere Kandidaten verfügt, die gute Aussichten haben. Hier wäre in erster Linie der frühere Gouverneur des Staates in Illinois, Bowden zu nennen, der das Vertrauen der Landwirte besitzt. Als eine Kandidatur Dawes glaubt man dagegen im allgemeinen nicht, weil es einmal nicht üblich ist, den Vizepräsidenten aufzusteigen, dann aber auch das hohe Alter des Generalis — nicht zu vergessen, sein Gegenstand zu New Yorker Handelskreisen verächtlich werden müssen. Da ein demokratischer Kandidat diesmal wenig Aussicht hat, weil die Partei innerlich durch die verschiedene Einstellung zur Prohibition zerfallen ist, wird bestimmt damit gerechnet, daß der neue Präsident der Vereinigten Staaten Bowden sein wird.

Landesverrat!

Der „Berichtungsbericht“ der „Reichsheit“ eine Fälschung.

Die in Wiesbaden erscheinende Zeitung „Die Reichsheit“ hat am 2. Juni über angebliche Bestrebungen, die zwischen Angehörigen des Reichswehrministeriums, insbesondere dem Rittmeister Freiherrn von Freyberg, Ministeringen und verabschiedeten Offizieren unter Führung des Majors a. D. von Stephan im Hagerndorferhaus in Berlin stattfinden haben sollen, Mitteilungen veröffentlicht, die sich auf keinerlei Verlässlichkeit und die nach Form und Inhalt ohne weiteres als freie Erfindung kennzeichnen. Da indes die Reichsheit die Presse, und zwar zum Teil in sehr starker Ausdehnung, diese Verhörsmitteilungen der „Reichsheit“ nicht nur abgedruckt, sondern zum Inhalt der seitlangem politischen Berichterstattung genommen hat, erscheint es angezeigt, aus Grund der an den beteiligten Angehörigen eingegangenen Erklärungen (siehe unten), daß der Rittmeister (jetzt Major) Freiherr von Freyberg, Angehöriger an einer bezüglichen Zusammenkunft niemals teilgenommen und daß auch an anderer Stelle über die angeführten Themen nicht gesprochen hat, und daß ihm, wie Major a. D. von Stephan, Ministeringen und verabschiedeten Offizieren, die Verhörsmitteilungen nicht bekannt sind, und daß ihm, wie Major a. D. von Stephan, Ministeringen und verabschiedeten Offizieren, die Verhörsmitteilungen nicht bekannt sind, und daß ihm, wie Major a. D. von Stephan, Ministeringen und verabschiedeten Offizieren, die Verhörsmitteilungen nicht bekannt sind.

Mißerfolg der Genfer Seeabrüstungskonferenz.

Die Schlußphase der Drei-Mächte-Konferenz.

Genf, 4. August. Kurz nach 15 Uhr wurde im großen Saal des Hotels „Des Bergues“ die letzte Sitzung der Marinekonferenz in Gegenwart von Vertretern der Presse und eines zahlreichen Publikums, darunter auch viele Frauen, eröffnet. Neben den Vertretern der drei unmittelbar interessierten Mächte hatten auch der französische Informator Graf Clauzel und der italienische Beobachter Rudolph Platz genommen.

Als erster Redner kam der Vorkämpfer der britischen Delegation, Bridgeman, zu Wort.

Er führte aus, daß die britische Delegation bei aller Berücksichtigung der besonderen Lage des britischen Reichs von einem Gelde der Versöhnung geleitet worden sei und daß sie dabei die Unterstützung der japanischen Delegation gefunden habe. Er stellte, wie früher Goto und Gibson, fest, daß die hauptsächlichsten Schwierigkeiten aus der Kreuzerfrage, vor allem der Stärke ihrer Besatzung hervorgegangen seien. In der Uebereinkunft, daß man nicht zu einem allgemeinen Uebereinkommen gelangen könne, würde es die britische Delegation begrüssen, wenn eine Uebereinstimmung getroffen würde, welche auf diesen Punkten beruhte. In denen keine Meinungsverschiedenheiten vorhanden seien. Der Redner erinnerte daran, daß er noch in den letzten Tagen nicht nur im Namen der britischen Regierung, sondern auch im Namen der Dominions, einen Vorschlag eingebracht habe, der aber als unannehmbar abgelehnt worden sei. Aus der Tatsache, daß man ausgedrückt zu seiner Formel gelangen könne, die von allen Parteien angenommen würde, dürfe nicht etwa der Schein gewonnen werden, daß zwischen den drei Mächten eine Art Antipathie bestünde. Noch weniger solle daraus hervorgehen, daß die drei Mächte aus der Rücksicht hätten, ihre Schiffe in einer Art Wettlauf zu lassen. Der Weltfrieden hänge im wesentlichen doch von dem friedlichen Geiste der interessierten Nationen ab, von dem alle in Genf vertretenen Nationen tief erfüllt seien.

Der Leiter der japanischen Delegation, Admiral Goto, erinnerte an die vor einigen Tagen zwischen der japanischen und der britischen Delegation zustandgekommene Verständigung. Mit sehr tiefer Enttäuschung habe Japan die zwischen den Regierungen der Vereinigten Staaten und Großbritannien bestehenden Meinungsverschiedenheiten festgestellt. Ein von ihm in letzter Stunde eingereichter Kompromißvorschlag habe nicht die Zustimmung der Delegation gefunden. Man hätte sich niemals denken können, daß drei durch Freundschaft so eng verbundene Länder auf einer Abrüstungskonferenz sich nicht würden verständigen können.

Der amerikanische Delegierte Gibson legte den amerikanischen Standpunkt in allen Einzelheiten dar und gab die Gründe an, weshalb seine Delegation in dem Bestreben, die größtmögliche Überzeugung der Tonnage und dementsprechend auch die größten Erparnisse zu erzielen, nicht zustimmen konnte, daß die Vereinigten Staaten im Fall von jenen Kreuzern, die sie für nötig hielten, behindert würden, während die britische Flotte aber große Kreuzer, die mit Kohlen-Geschützen bewaffnet sind, und über Hilfskreuzer verfüge, die der Flotte der Vereinigten Staaten weit überlegen seien. Gibson sprach der japanischen Delegation die ganze Anerkennung der amerikanischen Delegation für die von Admiral Goto eingebrachten Vorschläge betreffend die Beschränkung der Tonnage aus. Die seine englischen und japanischen Kollegen gab Gibson seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß kein Uebereinkommen zustandgekommen ist, betonte jedoch den tiefen Friedenswunsch der drei Mächte. Er ist überzeugt, daß kein Gefühl der Enttäuschung die Anstrengungen zur Erreichung einer effektiven Beschränkung der Rüstungen beeinträchtigen wird.

Gibson dankte auch den Vertretern Frankreichs und Italiens, dem Generalsekretär und allen denen, die an den Arbeiten der Konferenz teilgenommen haben, und verlas die von den drei Delegationen ausgearbeitete Erklärung, die folgendermaßen lautet:

„Die Delegierten wünschen offiziell ihrer Uebereinkunft Ausdruck zu geben, daß die existierenden Schwierigkeiten

nicht als ein Hindernis anzusehen werden dürfen, daß die Anstrengungen zur Erlangung einer neuen Beschränkung der Rüstungen zur See unumgänglich machen würde. Im Gegenteil sollen die Delegierten, daß jene Punkte, über die bereits eine Einigung erzielt werden konnte, und die durch geführten Arbeiten gelöst werden, nach vorheriger Beratung einen Boden für die Verständigung zwischen den Regierungen für die verschiedenen Auffassungen zu finden und zum baldigen Abschluß eines Abkommens über die Beschränkung der Hilfschiffe zu führen, eines Abkommens, das die Uebereinstimmung nach sich ziehen, die nationale Sicherheit gewährleisten und das Gefühl des gegenseitigen Vertrauens und guten Einverständnisses fördern würde.“

Nach einigen Worten Gibsons als Antwort auf die Dankesbezeugungen Bridgemans und Gotos erklärte der erste amerikanische Delegierte die Marinekonferenz für beendet und vertagte sie.

Rellogg zur Genfer Konferenz.

Washington, (Funknach.) Staatssekretär Rellogg gab zum Beschluß der Genfer Konferenz eine Mitteilung heraus, in der es heißt:

„Ich bedauere natürlich, daß es der Genfer Konferenz nicht gelang, eine Einigung über die Seeabrüstung zu erzielen. Sie wurde vom Präsidenten vorgeschlagen in der Hoffnung, eine beträchtliche Verringerung der Bauprogramme herbeizuführen und der Welt ein moralisches Beispiel zu setzen. Es stellte sich jedoch als unumgänglich heraus, die Seeabrüstungen zu verringern oder auf ein noch unserer Ansicht angemessenes Maß zu beschränken. Ich glaube nicht, daß die Vereinigten Staaten einer Anfrucht mit allen daraus sich ergebenden Folgen ihre moralische Billigung geben können. Nach dem Abschluß des Washingtoner Abkommens geriet mir die größte Flottenflotte der Welt. Wir hatten Anlaß, anzunehmen, daß Großbritannien sich zu einer wirklichen Verminderung seiner Seerüstung entschließen würde. Japan war sogar bereit, noch unsere Höchstzahl zu geben. Ich glaube nicht, daß die Erörterungen in Genf zwecklos waren und bin sicher, daß das Mischen einer Einigung die freundschaftlichen Beziehungen zwischen der britischen Regierung und den Vereinigten Staaten nicht trüben wird, und daß in naher Zukunft ein Abkommen über die Beschränkung der Hilfskriegsschiffe möglich sein wird.“

Moskau zum Misserfolg der Genfer Konferenz.

Moskau, (Telunon.) Wie aus Moskau gemeldet wird, triumphiert die Abendpresse über das Scheitern der Genfer Seeabrüstungskonferenz mit dem Hinweis, daß sie schon lange den Zusammenbruch der Genfer Abrüstungskonferenz voraus gesehen hätte. Eine solche Konferenz sei bei den heutigen Verhältnissen ein Aburteilung, das unter Voraussetzung der Heuchelei Englands und Amerikas hätte zustande kommen und über sieben Wochen andauern können. Bemerkenswert ist, daß die Moskauer Presse Japans Haltung in Genf nur vorübergehend erwähnt. Die Schuld am Scheitern der Konferenz wird England zugeschrieben.

Eine Erklärung Relloggs zum Scheitern der Marinekonferenz.

Washington, in einer heute veröffentlichten Erklärung führt Staatssekretär Relloggs zum Scheitern der Genfer Verhandlungen u. a. aus:

„Ich betrachte es nicht als endgültig, wenn die Verhandlungen, jetzt eine Vereinbarung zustandzubringen, gescheitert sind. Ich bin überzeugt, daß die in Genf geleistete Arbeit es möglich machen wird, eine Basis der Verständigung für die einandergehenden Absichten zu finden, und bald den Abschluß einer Vereinbarung über die Beschränkung der Hilfschiffe zu erzielen.“

Er fügt noch hinzu: „Ich bin gewiß, daß der Misserfolg die herzlichen Beziehungen zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten nicht beeinträchtigen wird.“

Auch der Stahlhelm dementiert.

Berlin. Wie die Reichspressestelle des Stahlhelms mitteilt, ist dem Stahlhelmführer Major a. D. von Stephan der in der „Reichsheit“ gelieferte Vorgang gänzlich unbekannt.

Millionen-Spritbetrug im besetzten Gebiet.

Die „Voss. Ztg.“ meldet, daß eine Weindrennerei in besetzten Gebiet es verstanden hat, in der Zeit vom November 1926 bis Juli 1927 eine halbe Million Liter Monopolspirit, das fast 2 Millionen Liter Weingeist, widerrechtlich in den Handel zu bringen. Es handelt sich um die Firma Olenkschläger A.-G., die 1925 in Jablonski-Schwerigkeiten geriet, sich unter Geschäftsaufsicht begeben mußte und von dem französischen Kaufmann George Vapen erworben wurde. Der ungeheure Gewinn des Unternehmens wird daraus ersichtlich, daß der Verkaufspreis für den Liter etwa 2 M., der Verkaufspreis aber etwa 8 M. betrug. Die Inhaber der beteiligten Firmen haben ein umfangreiches Geständnis abgelegt. Eine große Menge der hergestellten Waren wurde bei Geheiß der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt.